

Bremische Bürgerschaft

Landtag

18. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1.

11.11.13

Aufhebung des Friedhofzwangs

Wir fragen den Senat:

Wann ist mit einer Gesetzesnovelle zur Liberalisierung des Friedhofzwangs zu rechnen?

Zu welchen Ergebnissen ist der Senat in Bezug auf die Prüfung der Bestattungsrechtsreform gekommen?

Welche Reaktionen hat es seitens der Vertreter öffentlicher Belange - insbesondere der Kirchen - auf die Pläne zur Liberalisierung des Friedhofzwanges gegeben?

Frank Imhoff, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

2.

13.11.13

Übergriffe auf Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher im Land Bremen wurden in den Jahren 2010 bis 2012 in Ausübung ihres Dienstes bedroht oder körperlich angegriffen (bitte getrennt nach Jahren und den Standorten Bremen und Bremerhaven ausweisen)?

2. In wie vielen Fällen mussten Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher im Land Bremen im unter Ziffer 1 genannten Zeitraum Amtshilfe der Polizei in Anspruch nehmen, um die Durchsetzung von Ansprüchen staatlicher und privater Gläubiger zu sichern?

3. Trifft es zu, dass der Senat erwägt, Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher im Land Bremen mit stichsicheren Westen auszustatten, und wenn ja, warum werden solche Überlegungen angestellt?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

3.

18.11.13

Schulische Kompetenzunterschiede zwischen Mädchen und Jungen

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erklärung hat der Senat dafür, dass das Land Bremen bei IQB-Ländervergleich 2012 einen überdurchschnittlichen Vorsprung der Jungen in Mathematik, aber einen unterdurchschnittlichen Vorsprung der Mädchen in den Naturwissenschaften zeigt?
2. Welche Konsequenzen zieht der Senat aus dem Befund, dass das Bundesland Bremen laut IQB in den MINT-Bereichen eine für Mädchen nachteiligere Kompetenzentwicklung aufweist als der Bundesdurchschnitt und auch die anderen Stadtstaaten?
3. An welchen Schulen im Bundesland Bremen hat der IQB-Ländervergleich eine im Verhältnis zum Bund und anderen Stadtstaaten erfolgreichere Förderung der Mädchen erkennen lassen?

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

4.

19.11.13

Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs für Schülerinnen/Schüler mit und ohne Migrationshintergrund

Wir fragen den Senat:

1. Wie sind die Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs für das Bundesland Bremen, wenn nach Schülerinnen/Schüler mit und ohne Migrationshintergrund differenziert wird?
2. Wie bewertet der Senat die Anmerkung im IQB-Bericht, die nach Migrationshintergrund differenzierten Werte ständen für Bremen, Berlin und Saarland „aufgrund eines erheblichen Anteils fehlender Daten unter Vorbehalt“?
3. Welche weiteren Erkenntnisse hat der Senat zu der in den IQB-Daten angelegten Schlussfolgerung, dass das Bundesland Bremen für Schülerinnen/Schüler ohne Migrationshintergrund ein überdurchschnittliches Ranking erreicht, aber von allen Bundesländern den größten Kompetenzunterschied zwischen Schülerinnen/Schüler mit und ohne Migrationshintergrund aufweist?

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

5.

20.11.13

Seniorenmodul für ältere behinderte Menschen

Wir fragen den Senat:

Wann wird der Senat den im März 2013 für nach der Sommerpause angekündigten schriftlichen Bericht zum Seniorenmodul für ältere behinderte Menschen vorlegen?

Bis wann wird der Senat die ebenfalls im März 2013 für nach der Sommerpause angekündigte Evaluation des Seniorenmoduls unter Beteiligung der Träger der Einrichtungen, Vertretern der Betroffenen und der Ressorts vorlegen?

Plant der Senat im Doppelhaushalt 2014/2015 Kürzungen im Bereich des Seniorenmoduls vorzunehmen, und wenn ja, warum?

Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

6.

20.11.13

Konzept zur Landesarbeitsmarktpolitik

Wir fragen den Senat:

1. In welchem Zustand befindet sich das Konzept zur künftigen Arbeitsmarktpolitik des Landes, das der Senat im April 2013 im Rahmen der Haushaltsberatungen angekündigt hat und an dessen Vorlage bis Ende 2013 die Zurverfügungstellung der zusätzlichen 4 Millionen Euro Landesmittel gebunden ist?

2. Wie wird der Senat bei dieser für Bremen und Bremerhaven zentralen Konzeption die Einbindung der Deputationen, der Fachöffentlichkeit und der Bürgerschaft vor der endgültigen Beschlussfassung gewährleisten?

3. Was passiert mit den im Haushaltsentwurf eingestellten zusätzlichen 4 Millionen Euro Landesmittel für Arbeitsmarktpolitik, wenn am 31. Dezember 2013 kein beschlossenes Konzept zur künftigen Arbeitsmarktpolitik des Landes existiert?

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

7.

21.11.13

Kriminalpolizeiliche Bearbeitung von Wohnungseinbruchskriminalität

Wir fragen den Senat:

1. Gibt es bei der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven bei der jeweiligen Kriminalpolizei zeitliche Standards oder Richtlinien bezüglich der Aufnahme von Wohnungseinbrüchen?
2. Wie viele Fälle sind dem Senat bekannt, bei denen durch eine verspätete Spurensicherung Beweismittel verloren gingen?
3. Erfolgt bei der Aufnahme von Wohnungseinbruchskriminalität neben der Aufnahme und Spurensicherung eine weitere Beratung der Geschädigten, sei es Präventionsberatung bezüglich der Sicherung der Wohnung oder eine psychosoziale Betreuung?

Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

8.

22.11.13

Überfällige Novellierung des Privatschulgesetzes

Wir fragen den Senat:

Warum wurde den zuständigen Gremien noch immer kein Gesetzesentwurf für die Novellierung des Privatschulgesetzes vorgelegt, und wann soll dieses nunmehr geschehen?

Welchen Sachstand haben die diesbezüglichen Gespräche mit den Beteiligten?

Welche Absichten verfolgt der Senat zur Gestaltung der Zuschussregelungen, wie werden sich diese der Höhe nach absolut und relativ im Vergleich zum Durchschnitt der in den anderen Bundesländern geltenden Zuschüsse entwickeln?

Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

9.

25.11.13

Entscheidung über IT-Einsatz an Bremer Schulen

Wir fragen den Senat:

Welche Formen der Kooperation hat es im Land Bremen in den letzten drei Jahren zwischen Lehrkräften und Unternehmen der IT-Branche gegeben, und wie bewertet der Senat diese gegebenenfalls aus rechtlicher Sicht?

Wie gestaltet sich der Entscheidungsprozess über die Anschaffung von Hard- und Software an Schulen in Bremen und Bremerhaven?

Welche Etats stehen den Schulen im Land Bremen für die Anschaffung von Hard- und Software zur Verfügung?

Claas Rohmeyer, Dr. Thomas vom Bruch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

10.

25.11.13

Gesetzliche Verankerung der Zivilklausel

Wir fragen den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat die bekannt gewordene Forschungsk Kooperation der Uni Bremen mit dem US-Verteidigungsministerium, und welche Schlüsse zieht der Senat hieraus?

2. Was hat die im Juni 2012 von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Prüfung zur Verankerung einer Zivilklausel im Hochschulgesetz ergeben?

3. Gibt es bereits Formulierungsvorschläge zur Ausgestaltung dieser Klausel, wenn ja, wie lauten diese?

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

11.

26.11.13

Handel mit Patientendaten?

Wir fragen den Senat:

1. Sind dem Senat Fälle von Handel mit Patientendaten durch niedergelassene Ärzte oder Apotheker bekannt?

2. Werden in den Kliniken in Bremen und Bremerhaven erhobene Patientendaten gewerbsmäßig an Dritte weitergegeben?

3. Verstößt die Weitergabe von anonymisierten Patientendaten nach Ansicht des Senats gegen das ärztliche Schweigegebot?

Rainer Hamann, Winfried Brumma, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

12.

26.11.13

Zeugniskontrolle von Schülerinnen und Schülern aus Hartz-IV-Familien

Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, ob es auch bei den Jobcentern im Land Bremen Praxis ist, Zeugnisse von Schülerinnen und Schülern aus Hartz-IV-Familien zu kontrollieren, obwohl ordnungsgemäß Schulbescheinigungen eingereicht wurden, die den weiterlaufenden Schulbesuch belegen?

2. Ist dem Senat ferner bekannt, ob es durch die Jobcenter im Land Bremen zur Androhung von Sanktionen gekommen ist, in Fällen, wo Schulzeugnisse nicht „freiwillig“ vorgelegt wurden?

3. Wie viele Sanktionsandrohungen gegen Schülerinnen und Schüler wurden in diesem Jahr durch die Jobcenter im Land Bremen bereits ausgesprochen?

Peter Erlanson, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

13.

28.11.13

Informationspolitik des Wirtschaftsressorts zum JadeWeserPort

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat den Widerspruch zwischen der Aussage in Vorlage Nr. 18/472-L der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 27. November 2013 (Sachstandsbericht auf Antrag der CDU-Fraktion zu den Schäden am JadeWeserPort), wonach keine über die bislang öffentlich bekannten Schäden an der vorderen Spundwand und am Schlepperhafen hinausgehenden Schäden aufgetreten sind und der mündlichen Aussage von Staatsrat Dr. Heseler in der Deputationssitzung, wonach in der Lastausgleichskammer hinter der Spundwand über eine große Länge Risse aufgetreten sind („Kammer des Grauens“, Zitat Staatsrat Dr. Heseler), die momentan von der Arge repariert werden?

Ist mit der schriftlichen Antwort in Deputationsvorlage Nr. 18/472-L aus Sicht des Senats der Informationspflicht gemäß Artikel 79 Absatz 1 der Bremischen

Landesverfassung und der Auskunftspflicht gemäß Artikel 105 Absatz 4 der Bremischen Landesverfassung entsprochen worden?

Jörg Kastendiek, Paul Bödeker, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp
und Fraktion der CDU